

Swisscom gibt sich überrascht

Schweizer Telekomriese wusste von Untersuchungen gegen Fastweb

Die Swisscom ist überrascht über die Eskalation der Affäre bei ihrer italienischen Tochter Fastweb. Beim Kauf wussten die Schweizer zwar, dass ein Verfahren lief, hatten aber nicht erwartet, dass sich die Angelegenheit zu einem Geldwäschereiskandal ausweitete.

DOMINIK STRAUB, ROM

Die Staatsanwaltschaft spricht von einem «kolossalen Betrug», von «einem der gravierendsten Fälle der Geschichte Italiens», bei dem illegale Geschäfte von über 2 Milliarden Euro getätigt und der Fiskus um 365 Millionen Euro betrogen worden sei. Im Visier der Ermittler befinden sich die Swisscom-Tochter Fastweb sowie Telecom Sparkle, eine Tochter der italienischen Telecom. Fastweb soll mit maximal 38 Millionen Euro an den Steuerhinterziehungen beteiligt sein. Die Ermittlungen laufen schon seit 2007 und betreffen Transaktionen, die zwischen 2003 und 2006 stattgefunden haben sollen.

Scheinfirmer

Fastweb und Telecom Sparkle sollen über Scheinfirmer im In- und Ausland fiktive Fernmeldedienstleistungen verrechnet und damit «enorme Summen an Schwarzgeld» geschaffen haben, das anschliessend gewaschen worden sei. Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft 56 Haftbefehle ausgestellt, unter anderem gegen den Gründer und ehemaligen Chef von Fastweb, Silvio Scaglia, sowie gegen Stefano Mazzitelli, den früheren Chef von Telecom Sparkle. Ermittelt wird auch gegen den aktuellen Fastweb-Geschäftsführer Stefano Parisi. Am Dienstag schritten die Behörden in Italien, den USA, Grossbritannien und Luxemburg



IM VISIER Fastweb-Geschäftsführer Stefano Parisi (l.) mit Swisscom-Chef Carsten Schloter. ANTONIO CALANNI/KEYSTONE

zu einer bisher nicht genannten Anzahl von Verhaftungen. Auch in der Schweiz kam es zu Razzien.

Bei der Untersuchung geht es indessen nicht «nur» um Steuerbetrug und Geldwäsche. Dies wird alleine schon durch den Umstand belegt, dass die Römer Anti-Mafia-Staatsanwaltschaft die Ermittlungen leitet. Laut den Erkenntnissen von Untersuchungsrichter Aldo Morgigni ist der eigentliche Kopf des Geldwäschereis der zwielichtige Römer Geschäftsmann Gennaro Mokbel. Dieser verfügt über beste Verbindungen zur rechtsextremen Szene, einem Gangstersyndikat der Hauptstadt sowie zur kalabrischen Mafia-Organisation 'Ndrangheta.

Ein Haftbefehl wurde ausserdem gegen Nicola Di Girolamo ausgestellt: Der 49-jährige Senator von Silvio Berlusconi's Partei PDL soll massgeblich an der Schaffung der für die fiktiven Geschäfte notwendigen Scheinfirmer im Ausland beteiligt gewesen sein. Laut den Er-

mittlern ist Di Girolamo nur dank Stimmenkauf durch die 'Ndrangheta gewählt worden und wäre demnach ein «Abgeordneter der Mafia». Er bestreitet die Vorwürfe.

Scaglia will zusammenarbeiten

Fastweb-Gründer Silvio Scaglia, der durch den Verkauf an die Swisscom zum Milliardär wurde und sich derzeit geschäftlich in Südamerika aufhält, weist die Anschuldigungen der Staatsanwälte ebenfalls weit von sich: «Das ist etwas für Verrückte, ich weiss gar nicht, was da passiert», gab er gegenüber dem «Corriere della Sera» zu Protokoll. Über seinen Anwalt liess er ausrichten, dass er mit den Untersuchungsbehörden zusammenarbeiten und sich einer Befragung stellen werde. Die von Scaglia aufgebaute Fastweb ist mit 1,6 Millionen verkabelten Haushalten nach Telecom Italia der zweitgrösste Festnetzanbieter Italiens.

Die Swisscom zeigte sich «überrascht» von den jüngsten Entwick-

lungen bei Fastweb. Das Verfahren wegen mutmasslicher Steuerhinterziehung in den Jahren 2003 bis 2006 sei der Swisscom bei der Übernahme von Fastweb im Jahr 2007 bekannt gewesen und beim Kaufpreis berücksichtigt worden. Swisscom und Fastweb sicherten den italienischen Strafverfolgungsbehörden volle Unterstützung bei der Klärung der Vorwürfe zu. Sowohl Fastweb als auch Telecom Sparkle bezeichneten sich in der Angelegenheit als «geschädigte Parteien».

Brisant ist das Verfahren für Swisscom nicht nur wegen möglicher Mafia-Verbindungen, sondern auch durch den Umstand, dass die Staatsanwaltschaft beantragt, sowohl Telecom Sparkle als auch Fastweb unter die Zwangsverwaltung eines Sonderkommissars zu stellen. Zwar schreibt die Swisscom, dass eine solche Massnahme «nach heutiger Einschätzung die Weiterführung der Geschäftstätigkeit nicht beeinträchtigen würde».

Gisler



MARKUS GISLER

Die Schweiz ist nicht am Ende

«THE END OF SWITZERLAND» überschrieb das US-Magazin «Newsweek» einen Leitartikel in der jüngsten Ausgabe (www.newsweek.com). Der britische Labour-Abgeordnete Denis Macshane analysiert die Lage der Schweiz. Er beschäftigt sich – wie davor viele andere Autoren in ausländischen Medien – mit dem Zerfall althergebrachter Schweizer Werte, mit dem Fall des Bankgeheimnisses, mit dem Minarettverbot und vor allem mit der schwachen politischen Führung. Ein Artikel, der in die Aussage mündet, die Schweiz sei heute nichts weiter als ein mit sich selbst beschäftigtes kleines Land, das kaum mehr beachtet werde und dessen früher so geschätzte Merkmale (Neutralität, Multikulturalität, Demokratie) kaum mehr sichtbar seien. Das Land habe seine Rolle als Modellnation verloren, sagt Macshane.

IN AUFTRAG GEBEBEN werden solche Artikel vom zuständigen Europa-Redaktor, der in der Redaktion begründen muss, weshalb sich die Leserschaft überhaupt für die Schweiz interessieren könnte. Also muss er, um beim Chefredaktor mit der Idee durchzukommen, überzeichnen und dramatisieren. Das wird dann auch im Titel sichtbar. Das Ende der Schweiz allerdings, wie die Überschrift suggeriert, sagt der Autor selbstverständlich nicht voraus, davon steht im Artikel kein Wort.

EIN PAMPHLET ist der Essay dennoch nicht. Macshane, der in der Schweiz gearbeitet hat, entpuppt sich als ein Bewunderer der Eidgenossenschaft. «Die einzigartige Mischung von Nationalitäten, Sprachen und Religionen, von Bauern, Bankern und Ingenieuren zeigt, dass sich Kräfte, die andere Nationen entzweien, in ein relativ harmonisches Ganzes formen lassen», hält er fest.

INDES SPÜRT MAN bei Macshane eine Enttäuschung darüber – und da teilen wir seine Meinung –, dass sich die Schweiz in einem Zustand der Orientierungslosigkeit befindet. Gerade deshalb lohnt sich die Lektüre. Wir können nicht abstreiten, dass es uns an «Führern und Denkern fehlt, die das Land aus dem Morast ziehen können», wie der Parlamentarier festhält. Er legt den Finger auf den zentralen Punkt des Problems: Das politische System mit den Referenden und dem Ständemehr verleiht dem Souverän zwar grosse Macht, aber es verhindert, dass die Regierung harte Entscheide treffen kann. Sobald der Druck aus dem Ausland kommt, zeigt unser System Mängel. Selbstverständlich plädieren wir nicht für die Aufhebung des Referendums- oder Initiativrechts, aber eine Regierungs- und Parlamentsreform tut not. Für die erstere setzt sich Bundespräsidentin Leuthard ein, für die letztere der Ständerat.

POLITIKER FORDERN AUFKLÄRUNG

Noch ist den Parlamentariern in Bern nicht angst und bange um die Swisscom. Man vertraut darauf, dass der Konzern vor dem Fastweb-Deal die Situation sauber analysiert hat und deshalb eine Gefahr für den Mutterkonzern ausgeschlossen werden kann. «Es ist zu früh, um irgendwelche Schlüsse zu ziehen», sagte etwa FDP-Nationalrat Markus Hutter gestern auf Anfrage. Man müsse die laufenden Abklärungen abwarten. Erst wenn alle Fakten auf dem Tisch lägen, könne man Konsequenzen ins Auge fassen. Eine lückenlose Aufklärung des Falls fordern Politiker über alle Parteigrenzen hinweg. So will SVP-Ständerat This Jenny das Thema in der nächsten Sitzung der Fernmeldekommission aufs Taped bringen: «Es stellen sich nun einige Fragen, vor allem was das konzerninterne Controlling anbelangt, für das die Swisscom doch so viel Geld ausgibt.» Als der Deal 2007 abgewickelt wurde, gab es für das Italien-Engagement übrigens fast nur lobende Worte von Parteien und Gewerkschaften. (BRE)

Immer Ärger im Ausland

Swisscom versucht seit Jahren, im Ausland Fuss zu fassen, doch damit hat sich die Gesellschaft schon viel Ärger eingehandelt. Bereits die alte Telecom PTT träumte davon, ein weltumspannendes Unternehmen zu werden. Sie beteiligte sich an Mobilfunkgesellschaften in **Indien** und **Malaysia**, verkaufte diese aber, weil sich der ehemalige Konzernchef Tony Reis auf die Schweiz und die Nachbarregionen konzentrieren wollte. Er machte jedoch einen Fehlgriff. Um in Deutschland an eine UMTS-Konzession zu kommen, erwarb er die deutsche Mobiltelefonfirma **Debitel**. Später stieg die Swisscom wieder

aus und mit diesem Abenteuer in Deutschland verlor sie 3,3 Mrd. Franken. Besonders forciert wurde die Auslandsfanzion dann aber von Reis' Nachfolger Jens Alder. Er warnte wiederholt eindringlich vor schwindenden Einnahmen in der Schweiz und wollte das mit Geschäften im Ausland kompensieren. Sein grosser Traum war es, die österreichische **Telekom Austria** zu übernehmen. Von diesem Geschäft schwärmte er in den höchsten Tönen. Österreichische Politiker liefen jedoch Sturm, und wenig später kam auch eine Beteiligung an der tschechischen **Cesky Telecom**

nicht zustande. Jens Alder wandte seinen Blick darauf auf die irische Telekomfirma **Eircom**. Hier machte ihm aber der Bundesrat einen Strich durch die Rechnung. Er verbot der Swisscom den Kauf von Telekomfirmen, die ihren Heimmarkt beherrschen. Jens Alder warf darauf als CEO das Handtuch. Erst sein Nachfolger Carsten Schloter konnte im Ausland mit der Übernahme der italienischen **Fastweb** Fuss fassen. Der Bundesrat akzeptierte diese Expansion, weil die Fastweb im italienischen Breitband-Markt nur die Nummer zwei ist. Fastweb galt bis anhin als einträgliche Investition. (DID)

Job-Abbau bei Ypsomed

In Burgdorf und Solothurn gehen 48 Arbeitsplätze verloren

Die verstärkte Automatisierung und weniger Aufträge des Hauptkunden machen Arbeitsplätze überflüssig.

DANIEL IMWINKELRIED

Nur wenige Firmen haben im Mittelland zuletzt so viele Arbeitsplätze geschaffen wie das Burgdorfer Medtech-Unternehmen Ypsomed. Seitdem es 2003 aus der Disetronic hervorgegangen ist, kamen rund 700 Angestellte hinzu. Gestern aber gab Ypsomed einen Job-Abbau bekannt: 48 Arbeitsplätze von 1250 Stellen fallen weg, davon 13 in Solothurn und 35 in Burgdorf.

Zum Verhängnis wird den Angestellten laut Ypsomed die verstärkte Automatisierung der Produktion. Das Unternehmen stellt unter anderem Injektionssysteme («Pens») her für Insulin, das sich Diabetiker spritzen. Dabei sinkt die Nachfrage nach wiederverwertbaren Pens, die teilweise noch von Hand hergestellt werden. Der Trend geht zu automatisch produzierten Einwegpens

oder solchen, die nur ein paar Tage ihren Dienst leisten.

Der Hauptkunde suchte neue Zulieferer

Diabetes ist für die Gesundheitsbranche ein Riesengeschäft. Lantus von Sanofi ist dabei das meistverkaufte Insulin. Vor wenigen Jahren noch machte Ypsomed über 50 Prozent des Umsatzes mit dem französischen Pharmakonzern. Sanofi versucht aber seit längerem, mehr Zulieferer zu berücksichtigen, und auch Ypsomed war die Abhängigkeit von den Franzosen nicht geheuer. Sanofi hat daher in Frankfurt eigene Produktionskapazitäten ausgebaut, und absehbar ist auch, dass Ypsomed nur noch rund 20 Prozent des Umsatzes mit Sanofi machen wird. Um diesen Rückgang auszugleichen, forciert Ypsomed weitere Diabetes-Dienstleistungen, etwa den Vertrieb von Blutzuckermesssystemen. Da Ypsomed mit Sanofi weniger Geschäfte macht als erwartet, wird der Umsatz im Geschäftsjahr 2009/10 rund 6 Prozent sinken.

INSERAT

RENTEN

SICHERN!

Deshalb am 7. März 2010:

JA zum Umwandelungs-satz

Einstehen für die Schweiz

www.svp.ch



Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank!